

Brasilien Aktuell 2018



Gewerkschaften und soziale Bewegungen vereint im

Kampf um Demokratie - kein Recht weniger

Aktivitäten des Arbeitskreises - Situation bei Mercedes-Benz und bei BASF - Netzwerk bei Daimler Wörth - Austausch IGMetall Thüringen - Arbeit 4.0 Digitalisierung - 9.Kongress - Interkulturelles Seminar - 19.Februar Rentenreform abgedrängt - Präsidentschaftswahlen - Lulas Chancen trotz Inhaftierung - MTST Wohnungslose - MST Landlose - Gewalt auf dem Lande - Indigene - Sojawahn und Schnitzel - Chicken Nuggets - Gewerkschaft gegen Freihandelsabkommen mit Mercosur - Militär in Rio - Ermordung von Marielle - Yoga in Brasilien - Weltsozialforum

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

Der Arbeitskreis im letzten Jahr

Wie seit mehr als 30 Jahren setzte der AK auch im letzten Jahr seine gewohnte Arbeit fort. Monatlich treffen sich die Mitglieder, etwa 10 Personen mit neuen Gesichtern aus Brasilien und vom Benz in Mannheim, um sich die neuesten Entwicklungen in Brasilien mitzuteilen und darüber zu diskutieren.

Aktivitäten am 1. Mai. Zusammen mit der IGMetall Mannheim wurden an einem Stand den zahlreichen Besuchern anhand von Bildwänden und der Broschüre Informationen über Brasilien und die gewerkschaftliche internationale Zusammenarbeit angeboten.

Veranstaltungen Im Juni sprach im Rahmen der Latinowochen der Vizepräsident der Metallgewerkschaft von der Region um Sao Paulo, Aroaldo da Silva, über die sich verschärfende politische und wirtschaftliche Situation im Lande und über die neuen Formen des Kampfes der ArbeiterInnen gegen die Maßnahmen der konservativen Regierung, u.a. über einen Generalstreik am 28. April gegen die neuen Arbeitsgesetze.



Im November kam eine Gruppe von 17 jungen Gewerkschaftsmitgliedern aus Brasilien, die zusammen mit 15 deutschen Gewerkschaftsvertretern in Bensheim ein Seminar machten, zu Besuch zum AK. Bei vollem Haus konnten sie den BesucherInnen aus unserer Region wichtige Entwicklungen in Brasilien darlegen. **Am 20. April** kommen 2 Mitglieder der Landlosen Bewegung MST auf ihrer Rundreise durch Deutschland zu einer Veranstaltung nach Mannheim. In der Universität werden sie die Sorgen und die Kämpfe der Menschen auf dem Land schildern.

Solidaritätsbriefe Eine Vielzahl solcher Solidaritätsbriefe ging in diesem Jahr über den großen Teich: Nach Brasilien: Vom AK und angeregt durch den AK von der IGMetall Ortsverwaltung und auch vom Hauptvorstand zu den großen Auseinandersetzungen und nationalen Kampftagen im Dezember 2017 und im Februar 2018. Aus Brasilien kamen Briefe von den KollegInnen der Mercedeswerke in Brasilien und auch von der nationalen Organisation der Metallarbeiter CNM/CUT zu den Tarifikämpfen hier in Deutschland.

Seminare der IGMetall Mitglieder des AK konnten auch in diesem Jahr an mehreren Seminaren der IGMetall aktiv teilnehmen und dort die Erfahrungen

in der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit und deren Bedeutung vermitteln. Daraus hat sich eine Adressenliste mit ungefähr 200 Namen ergeben, an die in einem Abstand von etwa 6 – 8 Wochen ein kurzer **Rundbrief** über die wichtigsten Entwicklungen und Kämpfe in der brasilianischen Arbeitswelt verschickt wird.

Veröffentlichungen Mitglieder des AK konnten im Herbst 2017 mit einem größeren Artikel über die neuen Arbeitsgesetze und den Kampf der Gewerkschaften dagegen in einer Broschüre von KOBRA (Kooperation Brasilien) und in Form eines Interviews über die internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit des AK beim DGB Nordsüdnetz einem größeren Publikum darlegen. Auch wurden einige Leserbriefe in der hiesigen Tageszeitung als Korrektur zu einseitigen Artikeln über Brasilien geschrieben und veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen: Hier sind zwei Beispiele zu nennen: KOBRA (Kooperation Brasilien). An dem von dieser Organisation veranstalteten Seminar „Runder Tisch“, diesmal in Hofgeismar, nahmen mehrere Mitglieder des AK teil und konnten zwei junge BrasilianerInnen dorthin mitnehmen. Das Thema hieß diesmal: „Kein Recht weniger. Kampfzone Menschenrechte“ Die andere Organisation ist das „Eine Welt Forum Mannheim“.

Zusammenarbeit bei der BASF:

Im zurückliegenden Jahr ging auch die Zusammenarbeit zwischen BASF-Kollegen Brasiliens und BASF-Kollegen/-innen in Ludwigshafen weiter. „Personelle Wechsel und die vielen Streik- und Aktionstage in Brasilien haben dabei den Informationsaustausch nicht immer einfach gemacht.“ Siehe den gesonderten Beitrag Seite 3

Zusammenarbeit mit DaimlerkollegInnen Wörth Aus dem langjährigen Wirken des AK ist in Wörth ein Netzwerk entstanden. Siehe dazu den Artikel auf der Seite 4

Redaktion: ein Mitglied des Arbeitskreises

Anmerkung: Redaktionsschluß 12.04.2018



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ. Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Kontaktadressen:

Angela HIDDING, Langstr.11 – 13, 68169 Mannheim Tel: 0621 35 973
email: HiStaMa@t-online.de
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 Ludwigshafen Tel: 0621 69 98 61
email: F.Hofmann-Lu@t-online.de

Situation bei Mercedes Benz und BASF

Situation bei Mercedes Benz do Brasil

1. LKW und Busse im Werk in Sao Bernardo

Die Auftragslage bei Mercedes in Brasilien hat sich am Ende des letzten Jahres verbessert. Das bedeutet für das Jahr 2018 eine Steigerung von 30 % im LKW-Bereich und 15 % für den Busbau. So verkündet der Werkleiter Schiemer am 19.12.2017 in der Presse. Seit Januar 2018 stieg die mittlere tägliche Zulassungszahl von 126 auf 213 Einheiten. Im Februar 2018 feierte die Werkleitung zusammen mit den ArbeiterInnen die Einweihung einer neuen komplett vernetzten Produktionslinie, ganz nach der neuen Technologie 4.0. Diese neue Linie wird als die weltweit modernste bei Mercedes bezeichnet. „MB do Brasil lebt die Zukunft“ sagte der Werkleiter Schiemer. Erfreulich auch für die Belegschaft, zumal die Werkleitung in 2013 noch von möglicher Schließung der Fabrik, gesprochen hatte. Ende März wurde die Wiedereinführung einer zweiten Schicht bekannt gegeben und die Einstellung von weiteren 250 ArbeiterInnen angekündigt. Anfang April droht die Werkleitung mit der Entlassung von 250 Monatslöhnern im Verwaltungsbereich. Dagegen leistet die gesamte Belegschaft heftigen Widerstand.

2. PKW-Werk in Iracemapolis

Nach dem 16 tägigen Streik im August 2017 haben alle ausgemachten Verhandlungen zwischen Werkleitung, Belegschaft und Gewerkschaft nichts erbracht. Die Firma weigerte sich konstant, auf die vorgebrachten Vorschläge einzugehen. Auch eine

Verhandlung vor Gericht erbrachte bis auf den heutigen Tag nichts. Das einzige, das der Betrieb gemacht hat, ist, die Streiktage nicht zu bezahlen und den Arbeitsrhythmus zu steigern. Für den August dieses Jahres ist eine neue Lohnkampagne in Vorbereitung.

3. Zentrallager u. Tauschmotoren in Campinas

Etwa 700 Beschäftigte sind im Zentralen Ersatzteil-lager und als Monteure von Tauschmotoren tätig. Die Niederlassung hat zurzeit keine finanziellen Probleme. Die Belegschaft konnte zusammen mit der Gewerkschaft durch intensive Verhandlungen mit der Werkleitung in Tarifverträgen sowohl erstaunliche Lohnerhöhungen (2,5% Reallohnge-winn im Schnitt pro Jahr von 2013 bis 2017), den Erhalt der Sozialklauseln als auch Gewinnbeteiligungen erreichen. Sie bedauern die fehlende Zusammenarbeit mit den anderen Mercedes - Werken im Land.

4. LKW – Werk in Juiz de Fora

Hier werden alle Kabinen für LKWs und der LKW ACTROS hergestellt. Auch hier hat sich eine wichtige Verbesserung der Produktion ergeben, und zwar von 5 Einheiten pro Tag in der tiefsten Krise auf 18 Einheiten pro Tag in 2018. Es besteht die Erwartung einer weiteren Produktionssteigerung mit neuen Einstellungen. Ende März wurden 80 angekündigt. Anfang März hatte der Vizepräsident des Unternehmens von der Verlagerung der LKW Produktion nach Sao Bernardo gesprochen. Das Datum ist noch nicht bekannt. Nach wie vor besteht ein großer Unterschied der Löhne in den einzelnen Werken im Lande.

Redaktion: ein Mitglied des Arbeitskreises

BASF: wichtige Regelungen verlängert

Die Tarifrunde Chemie im ABC/Sao Paulo war im Herbst 2017 besonders wichtig. Denn gleichzeitig trat die neue Arbeitsrechtsreform in Kraft, die die Tür öffnet für die Verschlechterung vieler bisher geltender Rechte.



Streiktag bei BASF am 28. April 2017 gegen die Reform des Arbeitsrechts. Das Tor ist zu!

Erleichtert konnte die Chemiegewerkschaft als Ergebnis verkünden, dass alle sozialen Klauseln des Vertragswerks für ein Jahr fortgeschrieben werden.

Und 83 Klauseln sind im Tarifvertrag besser als das neue Arbeitsrecht! Im Gegenzug wird bei den Löhnen nur die offiziell ermittelte Inflationsrate ausgeglichen. Es gibt darüber hinaus keine Lohnsteigerung. Dennoch betrachteten die Kollegen/-innen das Ganze als Erfolg und stimmten zu. Ein Erfolg ist auch bei BASF im Werk Demarchi (Sao Bernardo) zu verkünden: Gewerkschaft und Fabrikkommission können im Februar 2018 die jetzige Arbeitszeitregelung von 39 Stunden/Woche für zwei Jahre fortschreiben. Temers Reformen sind zwar direkt vom Wunschzettel der Bosse abgeschrieben. Dennoch scheinen diese in den Tarifrunden derzeit nicht den vollen Angriff zu fahren. Dennoch geht auch bei BASF nicht alles friedlich zu. Das zeigt der wütende Protest der Gewerkschafter/-innen, als sie erfahren, dass die kleine Einheit Pinhais geschlossen wird. Ohne vorher in den Gremien darüber zu beraten. Nicht die geringste Information war erfolgt.

Redaktion: ein Mitglied des Arbeitskreises

Mercedes Netzwerk Daimler Wörth

Das Netzwerk Wörth zwischen den gewerkschaftlichen Vertretern von Mercedes Benz Standorten in Brasilien und Deutschland wurde vor 10 Jahren auf einer Konferenz in Frankfurt für internationale Zusammenarbeit gegründet und bei einem Besuch auf der folgenden Konferenz in Sao Paulo und in Sao Bernardo de Campo erweitert und gefestigt. Das Netzwerk umfasst die Truck- und Busstandorte Sao Bernardo de Campo, Campinas, Juiz de Fora in Brasilien und Wörth, Mannheim und die Zentrale in Deutschland. Aktiv im Netzwerk sind Mitglieder der Brasilianischen Gewerkschaft CNM/CUT und der IG Metall in Deutschland. Also Fabrikkommission, Arbeitssicherheitskommission in Brasilien. Betriebsräte, VKL, VL und interessierte Mitglieder hier in Deutschland. Es sind ganze Familien eingebunden, wenn es um Übersetzung von Flugblättern, Zeitungsartikeln und Verhandlungsergebnissen geht. Hier mal ein herzliches Danke dafür. Wir kommunizieren in einem geschützten Raum, den wir auch als Web oder Cloud Space nutzen, für Dokumente, Aktionen, Streikaufrufe und Kundgebungen, so dass alle Beteiligten jeweils über alles Bescheid wissen und mit Solidaraktionen reagieren können. Wichtig ist, dass wir die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen darüber informieren, was in den anderen Standorten gerade verhandelt wird. Wir wollen damit das Ausspielen von Belegschaften gegeneinander verhindern, über die politische Lage in den Ländern informieren und somit bei unseren Kolleginnen und Kollegen das Interesse für Politik und die Globalisierung wecken. In einer Welt, in der Kommunikation und Wissen überall und zu jeder Zeit verfügbar sind, in der Arbeitgeber Aufträge, Beschäftigung und Gewinne per Mausclick in der ganzen Welt verteilen

Hinweis auf ein Brasilien - Seminar

Beginn: 02.12.2018 - 19:00 Uhr

Ende: 07.12.2018 - 12:15 Uhr in der DGB Bildungsstätte Hattingen

Vom Wirtschaftsboom in den Korruptionssumpf: Zeitenwende in Brasilien?

Welche strukturellen Probleme in Politik und Wirtschaft hat das Land? Welche Rolle spielen die führenden Medien in der Krise? Wie positionieren sich die Gewerkschaften und welche Handlungsspielräume haben sie?

Niklaas Hofmann wird das Seminar leiten.



oder verschieben, ist es zwingend notwendig, dass wir als Vertreter der Arbeitnehmer, als Kolleginnen und Kollegen, als politische Akteure gegen den Abbau von Arbeiterrechten und sozialen Errungenschaften gemeinsam kämpfen und mobilisieren.

Redaktion: ein Mitglied des Arbeitskreises

Einmal um die halbe Welt ...

... hieß es vor einem Jahr für eine Gruppe des Vereins *aprender juntos e.V.* mit Sitz in Halle / Saale. Wir sind ehrenamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter insbesondere von IG Metall und Ver.di, die schon lange internationale Soli-Arbeit machen. Von der IG Metall-Jugend werden Austauschprogramme – wie viele von uns sie einst selbst nach Brasilien oder Nicaragua erleben konnten – nicht mehr angeboten. Das Prinzip der direkten Solidarität bleibt uns jedoch wichtig. Daher will unser Verein Mitgliedern von Gewerkschaften, auch ohne herausragende Wahlfunktion, Angebote für direkt erlebte internationale Solidarität machen. Im März 2017 war eine Gruppe unseres Vereins von 15 Personen in Brasilien. Dort trafen wir Freunde verschiedener Gewerkschaften und von der Landlosenbewegung MST. Auch trafen wir unseren Freund und Metallgewerkschafter Luiz Inácio Lula da Silva. Zwei weitere Kollegen waren 2017 fast zeitgleich in Venezuela.

... sollen auch unsere Freunde aus Brasilien die Möglichkeit erhalten, unsere Lebens- und Arbeitsrealität kennen lernen zu können. Als kleiner ehrenamtlicher Verein stehen uns nur begrenzte finanzielle Mittel für solche Großprojekte zur Verfügung. Daher sind wir auf Spenden und Zuwendungen, beispielsweise von Gewerkschaften oder Stiftungen angewiesen. Gern wollen wir im August oder September 2018 eine Gruppe von Leuten aus Gewerkschaften und der Landlosenbewegung MST zu uns nach Deutschland einladen. Etwa zweieinhalb Wochen würden wir sie herum führen und unsere Gewerkschaften und das alltägliche Leben eines mitteleuropäischen Internationalisten vorstellen. Bisher ist dieses Projekt noch nicht komplett ausfinanziert. Deswegen ist es bis heute „nur“ im Planungsstatus. Wir haben aber große Hoffnungen, dass wir unsere Planungen umsetzen und die Einladungen nach Brasilien aussprechen können.

<https://aprenderjuntos2014.wordpress.com/>

Alexandra Mann vom Verein *aprender juntos e.V.*

Arbeit 4.0 und globale Solidarität

von Leonardo Farabotti Arbeiter in Brasilien

Das Konzept Arbeit 4.0 hängt direkt mit der so genannten vernetzten Fertigung oder Industrie 4.0 zusammen. Das bedeutet grob gesagt, dass der Fertigungsprozess über das Internet, bzw. Big Data gesteuert wird mit dem Ziel, den Prozess zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass es nicht um eine einfache Automatisierung der Fertigung geht. Die Neuerung besteht in der Vernetzung über das Internet. Maschinen können so z.B. Fehler im Prozess eigenständig korrigieren, Kunden Produkte direkt personalisieren oder ein Auto via Smartphone bestellen.



Aber nicht nur die Maschinen werden über das Internet miteinander verbunden. Die großen Verfechter der 4.0 industriellen Revolution möchten möglichst viele Geräte an das Internet koppeln, um die Interaktion mit der Gesellschaft in Echtzeit zu maximieren. Das meint man, wenn man vom Internet der Dinge (IoT) spricht. Der Gründer des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab beschreibt diesen Prozess in seinem Buch "Die Vierte industrielle Revolution" und warnt vor den Gefahren: *"Wir stehen vor einer technologischen Revolution, die die Art, wie wir leben, arbeiten und miteinander umgehen, grundlegend verändern wird"*. Im Bereich Arbeit sehen wir uns dem Versuch konfrontiert, die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital neu zu gestalten. Es geht darum, Arbeitnehmerrechte zu beschneiden und die Verantwortung der Unternehmen ihren Arbeitnehmer*innen gegenüber zu reduzieren. Ein Beispiel für diese neue Beziehung hat sich weltweit rasant verbreitet: Ein Unternehmen vernetzt private Autobesitzer, bzw. Fahrer mit Kunden, die Transportleistungen benötigen. Der Fahrer behält den Großteil des Gewinns, trägt aber auch die Kosten für Treibstoff und Instandhaltung seines Autos. Das Unternehmen, das die App entwickelt hat und betreibt, behält einen kleineren Teil ein, macht aber trotzdem enorme Gewinne, aufgrund der Vielzahl an Fahrern. Je größer das Netz an Fahrern, desto höher die Gewinne, ohne dass Ausgaben für Instandhaltung anfallen. Sieht so die Arbeit der Zukunft aus? Eine Arbeitswelt, in der Technologie Ar-

beitsverträge als strukturierendes Element der Arbeitsbeziehung ersetzt?

Es ist hierbei entscheidend zu verstehen, dass das allgemeine Streben nach technischem Fortschritt auch die Arbeitswelt und die Arbeitsbeziehungen grundlegend verändern wird. Und dass dieser Prozess sich in einen grenzenlosen, globalen Markt einordnet, wo die Anhörung oder Einbeziehung der Arbeiter*innen nicht vorgesehen ist. Deswegen ist die internationale Solidarität heute wichtiger denn je. Nur so können wir erreichen, dass die Arbeiter*innen in die Debatte um Industrie 4.0 einbezogen werden. Dem Luddismus des 19. Jahrhunderts (benannt nach dem Anführer der englischen Bewegung Ned Ludd) gelang es zwar nicht, die industrielle Revolution aufzuhalten, aber die Maschinenstürmer haben Rechte erkämpft, die auch heute noch gelten. Und genau diese Rechte werden aktuell durch die Arbeitsrechtsreform bedroht. Die Geschichte zeigt, dass es Arbeiter*innen immer gelang, Antworten auf die Herausforderungen zu geben, wenn sie sich organisiert haben. Wenn sich der Markt globalisiert und damit die Arbeitsbeziehung neu gestaltet, dann muss sich auch die Solidarität zwischen den Arbeiter*innen globalisieren.

9. Kongress der Metallgewerkschaft im ABC

Von Mitte März bis Ende Mai führt die Metallgewerkschaft im ABC diesen Kongress durch. Bei der feierlichen Eröffnung wurden als zentrale Themen genannt: Politik und Staat, Wirtschaft und Industrie, Veränderungen in der Welt der Arbeit, Gewerkschaftsbewegung und Industrieregion ABC um Sao Paulo. Zugleich wurde das 40 jährige Bestehen des Frauen – Kongresses begangen. Die Koordinatorin der Frauenkommission erinnerte an den langjährigen Kampf der Frauen in der Branche für die Rechte in der Gesellschaft und in den Fabriken, an die Forderungen für gleiche Bezahlung und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.

In den kommenden Wochen werden in Vollversammlungen der Betriebe (bei VW 500 Teilnehmer) die Delegierten für den Kongress bestimmt. Dann wird es mehrere Großversammlungen thematischer Art mit Spezialisten aus verschiedenen Bereichen geben. Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen machen sich an die Arbeit: z. B.: Kommunikation, Industrie 4.0, Elektro Fahrzeuge. Arbeit und Gesundheit. Menschenrechte und Gewalt. Gewerkschaftliche Netzwerke. Soziale Bewegungen.

Ende Mai wird die Schlußversammlung stattfinden. Dort werden dann die erarbeiteten Richtlinien für die zukünftige Arbeit der Gewerkschaft vorgestellt und verabschiedet.

Redaktion: Mitglied des Arbeitskreises

Aktuelle Zusammenarbeit der CNM / CUT mit der IG Metall (Gewerkschaftliche Bildungsarbeit)

Jens Beckmann (Bildungsreferent Lohr-Bad Orb); pädagogische Projektleitung u. Daniel Sauerbeck (IGM Bezirk BaWü)

Wir haben seit sechs Jahren eine gute Zusammenarbeit mit Aktiven Gewerkschaftsjugendlichen aus Deutschland und Lateinamerika; dabei spielt Brasilien neben Argentinien eine tragende Rolle. Aus dieser beispielhaft guten Zusammenarbeit und dem Erreichen guter Ergebnisse ist eine weitere Aktivität entstanden: Die IG Metall und die CNM /CUT ABC & Sorocaba haben eine gemeinsame ReferentInnen-Ausbildung durchgeführt. Das Besondere dabei war neben der schon außergewöhnlichen Rahmenbedingung, dass die TeilnehmerInnen von den Organisationen mit besonderen Schwerpunkten benannt wurden. Die brasilianischen Organisationen haben aktive Nachwuchsreferenten beauftragt, damit in Zukunft die Bildungsarbeit eine breitere und betriebsnähere Bindung bekommt. Zudem sind mehr Referenten auch eine Gewähr für tatsächlich stattfindende Qualifikationen; so kann nichts mehr wegen fehlender Referenten ausfallen. Die IG Metall hat ihrerseits einen Schwerpunkt auf die interkulturelle Kompetenz gelegt. Wir wollen Erfahrungen im Umgang von Vielfältigkeit bekommen, die in unseren Betrieben und Geschäftsstellen eine Normalität, dennoch häufig eine Herausforderung darstellen. Dabei gibt es vielfältige Methoden, die im Zentrum der Qualifizierung bei den ehrenamtlichen IG Metall Referenten standen. Hierzu der folgende Bericht von Daniel Sauerbeck:

Gemeinsames Abschlussmodul 06.11. - 1.11.2017, in Bensheim, Deutschland

Am 06.11.2017 trafen sich Kolleginnen und Kollegen im Rahmen einer Interkulturellen Referent*innenausbildung, die durch den internationalen Gewerkschaftsverband IndustriAll in enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Dachverbänden der beteiligten Länder und dem DGB Bildungswerk veranstaltet wird, zum gemeinsamen Abschlussmodul.

Wir hatten folgende Themen: Bildungsselbstverständnis der IG Metall und Vorstellungen der erarbeiteten Methoden der Deutschen und Brasilianischen TeilnehmerInnen bearbeitet. Als Selbstlernprozess hatten wir die Aufgabe eine Idee/Methode für ein eignes Seminar bzw. Veranstaltungsform zu finden, weiter zu entwickeln und anzuwenden. Einblicke in das Zielland Deutschland und Brasilien. Geschichte, Kultur, Politik sollte ein Thema sein. Sammlung einer Toolbox für etwaige Einsatzmöglichkeiten für das Thema zu finden. Unterschiedliche Methoden wurden von den Teilnehmern*innen erarbeitet und vorgestellt. Zum näheren Kennenlernen machen die Teilnehmer*innen die Methode des „Storytellerwürfels“. Die Teilnehmer*innen würfeln mit vier Würfeln, die anstelle der Zahlen unterschiedliche Motive abgebildet haben. Anschließend

wählen sie zwei Würfeln aus, um zu diesen Würfeln frei zu assoziieren und über ihre Erwartungen an das Seminar zu berichten.

Ich persönlich behandelte die Geschichte der brasilianischen Arbeiter*innenbewegung. Dafür nutze ich die Methode des Bodenbilds in Form eines „Zeitstrahls“. Zunächst nannte ich einige Aspekte der brasilianischen Wirtschaft und brachte dies auf Moderationskarten an eine Stellwand an. Anschließend bitte ich 10 freiwillige Teilnehmer*innen sich nach Dauer ihrer Mitgliedschaft in der Mitte des Raumes zu positionieren. Ich ging dann die Reihe ab und fragte sie nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft. Danach verteilte ich Moderationskarten auf dem Boden. Die Karten behandeln verschiedene historische Ereignisse. Daraus bildete ich zwei Haufen. Die Gruppe sollte sich aufteilen und die jeweiligen Karten kurz besprechen. Anschließend tauschten die Gruppen den Kartenhaufen. Dann baute ich einen Zeitstrahl am Boden und bat die TN einen Punkt auszuwählen, der sie ansprach und zeitlich zuzuordnen. Ich selbst begann mit der Unabhängigkeit Brasiliens. Ich ordnete dem Zeitstrahl anschließend weitere Informationen und Bilder zu und verbalisierte die einzelnen Punkte des Zeitstrahls. Anschließend haben die Teilnehmer*innen sich bei Daten positioniert, die für sie besonders wichtig sind. Ich interviewte dann einzelne TN.

Zum Ablauf bleibt zu skizzieren, dass die Ausbildung jeweils 2 Module in Brasilien und Deutschland jeweils für die brasilianischen und deutschen TN stattfanden. Sie waren getrennt und auf sich fokussiert. Beim zweiten Modul haben sie die jeweilig andere nationale Besonderheit in gewerkschaftlichem Aufbau und Struktur bekommen. Daraus sollten sie zum abschließenden gemeinsamen dritten Modul, das in Deutschland stattfand, einen eigenen Qualifizierungsschritt mit einem Thema der jeweilig anderen Kultur vorbereiten und durchführen. Hier haben alle Beteiligten Erfahrungen sammeln können, die reflektiert und bewertet wurden. Alle berichteten von einer wirkungsvollen Erweiterung ihrer Kompetenz als Referent.

Als verantwortliche Veranstalter können wir hier von einem guten Erfolg berichten, von dem einiges in die ‚nationale‘ Bildungsarbeit der IG Metall und der CNM CUT fließt. Der eigentlich ausschlaggebende Grund, die unter der Regie von IndustriAll Lateinamerika stattfindende Ausbildungsreihe IPM (Internationales Projektmanagement) wird in diesem Jahr mit der dritten Reihe ihre Fortsetzung feiern und hoffentlich die gemeinsame Arbeit weiter stärken.

19. Februar: Nationaler Kampftag drängt Renten „Reform“ zurück

Die Rentenreform ist seit Dezember 2016 in Diskussion. Seitdem kämpfen die Gewerkschaften und viele Soziale Bewegungen dagegen an. Bereits im April 2017 organisierten sie einen landesweiten Generalstreik. (Siehe dazu auch einen Artikel in „Brasilien Aktuell“ 2017).

Im Dezember wurde die entscheidende Abstimmung im Parlament verschoben und erneut angesetzt für den 20. Februar 2018. So beschlossen die Gewerkschaften, am 19. Februar einen entsprechenden Kampftag durchzuführen. Das war ein voller Erfolg.

In der Gewerkschaftszeitung nennt es der Präsident der Metaller im ABC so: „Der Streik war die Beerdigung der Rentenreform.“ Denn am Tag zuvor hatte die Regierung erneut die fällige Abstimmung im Parlament verschoben, diesmal auf unbestimmte Zeit. Und so spricht der Präsident weiter: „Wir können dieser illegitimen Regierung nicht trauen. Die Arbeiter müssen aufmerksam und bereit sein, sich in jedem Augenblick zu mobilisieren, wo die Regierung damit droht, dieses neueste Programm des Sozialabbaus wieder aufzunehmen“



Nein zur Reform der Rente

Peter Steiniger von der jungen Welt beschreibt die Auseinandersetzung so: „Es handelt sich bei der Rentenreform um eines der zentralen Projekte der Regierung von Michel Temer und ihres Lagers im Kongress. Damit sollen vor allem die Ausgaben für Renten gedrückt werden. Weil es bisher nicht gelang, die dafür nötigen 308 Abgeordneten zusammenzutrommeln, geriet das Vorhaben zur Hängepartie.“

*Damit es doch noch über die Bühne geht, wurde ge-
feilscht, wurden Details der Novelle frisiert. Und mit
einer kostspieligen Werbekampagne wurde landesweit
die »Reforma da Previdência« als Ei des Kolumbus
angepriesen. Es ginge bei ihr doch nur, wurde propa-
giert, um das Abschneiden alter Zöpfe im System.*

*Das Vorhaben treffe lediglich Schmarotzer, die sich
nach einem kurzen Arbeitsleben früh in eine üppige
Pension verabschiedeten. Doch um das Image der
Sparpläne steht es weiter schlecht, die große Mehrheit
der Bevölkerung lehnt sie nach Umfragen ab. Ausge-
rechnet dieses Establishment soll sich an ungerech-
tigten Privilegien stören – das nimmt der Brasilia-
ner auf der Straße ohnehin nicht für bare Münze. Was
mit der Notwendigkeit begründet wird, die Kassen zu
sanieren, würde für Millionen Brasilianer eine kleine-
re oder einen Lebensabend ganz ohne Rente bedeuten.
Das Mindestalter für den Eintritt in den Ruhestand
soll für Männer zunächst von 60 auf 65, für Frauen
von 55 auf 62 Jahre steigen. Viele würden wegen ei-
ner Anhebung der Beitragszeiten (auf 49 Jahre) auf
dieses unrealistische Niveau die Chance einbüßen,
überhaupt eine Pension zu erhalten oder müssten mit
erheblichen Abschlägen rechnen. Gewerkschaften
sprechen vom Zwang zur Arbeit bis zum Tod. Wäh-
rend das Rentensystem angeblich vor dem Kollaps
steht, erließ die Temer-Regierung Konzernen und
Großagrariern allein 2017 Beitragsschulden in Milli-
ardenhöhe. Der sogenannten Reform »aufgeschlos-
sen« gegenüber sind die privaten Versicherungskon-
zerne, deren Bosse mit den Machthabern in Brasilia
verhandelt sind.“ Aus „Montag blaumachen“ von
Peter Steiniger am 19. Februar 2018 in der jungen
welt.*

Am 21. 2. schreibt die junge Welt: „Mehr als 20.000
Teilnehmer einer Kundgebung auf der Avenida Pau-
lista in São Paulo protestierten am Montag (Ortszeit)
gegen von Brasiliens Regierung geplante Rentenkür-
zungen. Zu den Rednern zählte Douglas Izzo, der Vor-
sitzende der Gewerkschaftsdachverband CUT in der
Metropole. Die Aussetzung der »Reform« im Kon-
gress bezeichnete er als »einen Sieg der Arbeiterklas-
se“. „Klare Ansage“ am 21. Februar 2018 in der
jungen welt ☒

Mitte Februar hat de-facto-Präsident Michael Temer die innere Sicherheit des Bundesstaates Rio de Janeiro per Dekret dem Militär überantwortet (Siehe dazu den Artikel auf Seite 14). Im Zusammenhang mit dem Rückzug der Rentenreform meinte der Präsident der Metallgewerkschaft vom ABC, Santana Wagner: „Ohne die notwendigen Pro Stimmen im Parlament zu haben, und das auch nicht unter seinen Bundesgenossen, benutzt die Regierung die Einmischung des Militärs in die öffentliche Sicherheit von Rio de Janeiro als **Rauchvorhang** um den Rückzug der Rentenreform von der Tagesordnung zu nehmen“.

Redaktion: Mitglied des Arbeitskreises

Die Wahlen in Brasilien und die strittigen Projekte

Ariella Silva Araujo, Doktorandin an der Universität von Campinas (UNICAMP) und Gastwissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Durch den parlamentarischen Putsch gegen Dilma Rousseff mit Hilfe der Medien und der Judikative hat sich Brasilien in eine ungewisse Zukunft gestürzt. Die Unsicherheit beschränkt sich nicht nur auf das Gebiet der Ökonomie, sondern auch des Sozialen. Die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 bewegen die Stimmung in Brasilien stark und haben eine Reihe von nicht sehr positiven Prognosen hinsichtlich der Kandidaturen ausgelöst. Es gibt einen wichtigen Aspekt, der im Hinblick auf die möglichen Kandidaturen für 2018 zu berücksichtigen ist: Welches polit-ökonomische und soziale Projekt steht zur Debatte?

Das neoliberale Projekt

Im Dezember 2017 kündigte Michel Temer einen Verkauf der Marktsteuerung des brasilianischen Flugzeugbauers Embraer (*Empresa Brasileira de Aeronáutica* - Brasilianische Luftfahrtgesellschaft) an Boeing in den USA an. Andere Maßnahmen wurden eingeführt, wie die Privatisierung der Ausbeutung der Pré-Sal und die konsequente Unterbewertung der staatlichen Unternehmen, z. B. Eletrobrás (*Centrais Elétricas Brasileiras* - Brasilianische Elektrizitätswerke), Vale do Rio Doce und Telesp (*Telecomunicações de São Paulo* - Telekommunikation von São Paulo). Dieselbe Strategie wurde auf Petrobrás angewendet. Alles mit dem Ziel einer Privatisierung. Die Kandidatur von Geraldo Alckmin von PSDB (*Partido da Social-Democracia Brasileira* - Brasilianische Sozialdemokratische Partei) für die Präsidentschaft der Republik stellt die Kontinuität und die Radikalisierung des neoliberalen Projekts dar, das für die Regierung von Fernando Henrique Cardoso charakteristisch war.

Konservativer Reformismus

Auf der anderen Seite wurde die Kandidatur von Lula zum Präsidenten der Republik als mögliche Rückkehr der Neuentwicklungspolitik (*neodesenvolvimentismo*) der beiden Mandate des ehemaligen Metallarbeiters und der ersten Amtszeit von Dilma Rousseff gedeutet. Diese Hoffnung ist sehr problematisch. Es fehlen die geeigneten Führungskader und es fehlt ein wirkliches Projekt auf der linken Seite. Es gibt nur wenige, die an ein alternatives gesellschaftliches Projekt glauben, wie es noch in den Jahren 1980 und 1990 der Fall war. Die Linke, geteilter denn je nach dem Putsch von 2016, findet es schwierig, einen Führer zu finden, der eine Alternative zu Lula-PT sein kann. Die Vorkandidatur des Führers der MTST (*Movimento dos Trabalhadores Sem Teto* - Bewegung der obdachlosen Arbeiter), Guilherme Boulos, für die PSOL (*Partido Socialismo e Liberdade* - Sozialismus und Freiheitspartei) am 5. März, ohne interne Debatten in der Partei, ist ein Ausdruck der Schwäche, in der sich die Linke heute in Brasilien befindet. Eine erfolgreiche Wiederherstellung des „Lulismo“-Modells ist wenig wahrscheinlich, weil Lula Gefahr läuft, an der Wahl gehindert zu werden, wenn er von der Justiz der Verbrechen, die ihm vorgeworfen werden,

für schuldig befunden wird. Wenn Lula daran gehindert wird, an den Wahlen teilzunehmen, erscheint Fernando Haddad, ehemaliger Bürgermeister der Stadt São Paulo, als ernsthafter Vertreter der Partei.



Quelle: Adonis Guerra; Sindicato dos Metalúrgicos do ABC

Alternativen?

Die Alternativen zur Polarisierung zwischen PT und PSDB sind nicht sehr aufregend. Es gibt Kandidaturen wie die von Manuela D'Ávila von der PCdoB (*Partido Comunista do Brasil* - Kommunistische Partei von Brasilien); von Guilherme Boulos für die PSOL und anderer Figuren wie Marina Silva von Rede-Sustentabilidade. Jene, die sich links nennen, wie PCdoB, PSOL und PSTU (*Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado* - Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei), um nur einige zu nennen, begeistern nicht die Straßen und bieten außerdem Platz für das Wachstum extremer und rechts-extremer Persönlichkeiten wie Jair Bolsonaro von PSL (*Partido Social Liberal* - Sozialliberale Partei), der bei jungen Menschen immer beliebter wird. So scheint er vielleicht sogar in die zweite Runde der Wahlen gelangen zu können. Das aktuelle, brasilianische Szenario ist geprägt von Demobilisierung, Demotivation und mangelndem Vertrauen in Institutionen und politische Parteien. Ein Bild von weit verbreiteter Apathie und dem Fehlen wirklich radikaler Projektoptionen und tiefgreifender Reformen in der Gesellschaft. Es scheint, dass die brasilianischen Wahlen im Jahr 2018 einem bekannten Muster folgen werden: dem Streit zwischen PT und PSDB, also zwischen einem konservativen Reformismus und einem orthodoxen Neoliberalismus. Die brasilianische Gesellschaft scheint ein Auto von Jagrená gestartet zu haben: unkontrolliert, ohne Fahrer und ohne wirkliches Projekte der Veränderung.

Fußnote:

Die PSOL war eine Partei, die 2004 von Dissidenten und Radikalen der PT gegründet wurde, die das von der Partei angenommene Modell kritisierten, das von ihnen als reformistisch und konservativ verstanden wurde.

"Lulismo" ist ein Begriff, der im akademischen Umfeld verwendet wird, um den in den Regierungen von Lula unterzeichneten Pakt zu charakterisieren. Anm.: Ariellas Beitrag wurde von der Redaktion gekürzt

LULA im Gefängnis – weiterhin Präsidentschaftskandidat?

Am 24. Januar wurde die Verurteilung Lulas im Berufungsverfahren von einem Gericht in Porto Alegre bestätigt und die Strafe von 9 Jahren, 3 Monaten auf 12 Jahre und 1 Monat verlängert. Inzwischen musste Lula die Gefängnisstrafe antreten. Die Beurteilung von oppositioneller Seite in Brasilien ist eindeutig. Der Prozess ist ganz klar ein politisches Manöver und soll vor allem dafür sorgen, dass Lula nicht als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Oktober antreten kann.

Aus politischen Kreisen in Deutschland sind ebenfalls einige Stimmen zu hören, die den Prozess als eine völlig unrechtmäßige Veranstaltung betrachten. Dazu vor allem **Herta Däubler-Gmelin**: „Immer mehr Hinweise unterstreichen die Befürchtung, dass zumindest ein erheblicher Teil der brasilianischen Justiz sich als Arm der herrschenden Geld- und Machtelite Brasiliens begreift und unter missbräuchlicher Berufung auf richterliche Unabhängigkeit die auch in der Verfassung Brasiliens verankerten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit opfert“. Ähnlich äußern sich der SPD Abgeordnete **Nils Annen** und die Fraktionsvorstände der „LINKEN“, **Sara Wagenknecht** und **Dietmar Bartsch**. „DIE LINKE ist solidarisch mit der PT und Lula“.

In den Wochen nach dem Berufungsurteil wird immer deutlicher, dass Lula weiterhin der Präsidentschaftskandidat ist, der in der brasilianischen Bevölkerung die größte Zustimmung erhält. Bei einer mehrwöchigen Rundreise durch den Süden des Landes erhält er in einzelnen großen Städten sehr viel unterstützende Aufnahme. Allerdings muss er auch heftige Angriffe der rechten Gegner erfahren. Diese greifen seine Fahrzeuge an und beschießen sie. Rechts macht physisch mobil!!! Trotz allem bleiben die Umfragewerte auf hohem Niveau, zuletzt bei 37%.

Donnerstag 5. April Haftantrag von Richter Moro: Mehrere Anträge von Lula gegen einen unmittelbaren Haftantritt (am 6. März und am 4. April) werden vom Obersten Gericht abgelehnt. Daraufhin erlässt der Richter Moro am Donnerstag 5. März einen Haftbefehl. Innerhalb von 24 Stunden soll sich Lula bei der Polizei einfinden.

Freitag 6. April Lula im Gewerkschaftshaus: Lula geht nicht zur Polizei, sondern ins Gewerkschaftshaus der Metallgewerkschaft in Sao Bernardo do Campo. Hier trifft er sich mit politischen Freunden aus verschiedenen linken Parteien, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Vor dem Haus versammeln sich immer mehr Menschen. Tausende

werden es im Laufe des Tages. Auch die Menschen, die sich vor seinem Wohnhaus eingefunden hatten und Lula gegen die Festnahme durch die Polizei schützen wollten, sind alle hergekommen. Es herrscht eine sehr kämpferische Stimmung. Auf den Plakaten an den Wänden ist zu lesen: „Kein Gefängnis für Lula“, „wir sind alle Lula“, die Menschen rufen:



Die Wahl ohne Lula ist Betrug

Im ganzen Land hat es Solidaritätsveranstaltungen gegeben und auch in großen Städten in anderen Ländern, weltweit. Die große internationale Petition „Wahlen ohne Lula sind Betrug“ hat inzwischen 280 000 Unterschriften gesammelt!!

Samstag 7. April vor dem Gewerkschaftshaus: Die Menschenmenge wird nicht kleiner. Am Samstagmorgen wird zu einem Gottesdienst zum Gedenken an die vor einem Jahr verstorbene Frau von Lula eingeladen. Danach wendet sich Lula noch einmal in einer einstündigen Rede an Tausende von Anhängern. Später macht er sich durch die Menschenmenge auf den Weg zum Polizeiauto.

Lula im Gefängnis in Curitiba: Die Polizei fliegt ihn mit einem Hubschrauber nach Curitiba. Dort bezieht er seine Zelle im Gefängnis. Vor dem Gefängnis ist ein Lager mit Anhängern Lulas organisiert. „Wir bleiben, bis Lula frei ist“ heißt das Motto.

Damit ist wohl auch die Chance gering, für die Präsidentschaft im Oktober zu kandidieren. Aber es gibt immer noch Möglichkeiten auf rechtlichem Wege für eine Kandidatur. Am 15. August entscheidet das Oberste Wahlgericht über die Zulassung von Kandidaten, also definitiv auch über Lula. Auch ist die Menschenrechtskommission der UNO eingeschaltet. Sie wird in den nächsten Tagen darüber entscheiden, ob der gesamte Vorgang gegen die Menschenrechte verstößt. Da bleibt also noch abzuwarten.

Am 11. April fand eine landesweite Mobilisierung für die Freiheit von Lula statt.

Dieser Bericht wurde am 10. April abgeschlossen.

Redaktion: Mitglied des Arbeitskreises

MTST – eine wichtige Sozialbewegung

Bewegung der Wohnungslosen

Im Jahr 2009 startete die Regierung unter Präsident Lula das Wohnungsbauprogramm Minha Casa, Minha Vida (Mein Haus, Mein Leben), Wohnungsbau gefördert mit günstigen Darlehen. Das Programm war ein Erfolg, aber es konnte die Wohnungsnot nicht abschaffen. Und die Regierung Temer hat die Mittel für sozialen Wohnungsbau wieder zusammengestrichen, so wie auch die Mittel für Gesundheit und Bildung.

Die Miet- und Grundstückspreise steigen weiter. Immer mehr Menschen können ihre Wohnung nicht bezahlen. Sie hausen in Kellerlöchern. Oder werden ganz an die Peripherie abgedrängt, zwei, drei Stunden mit dem Bus bis in die Stadt. Dorthin wo Perspektivlosigkeit und Gewalt Alltag sind.

Aus dieser Not heraus löste sich vor 20 Jahren die MTST (Bewegung der Arbeitenden ohne Dach) von ihrer großen Schwester MST und wurde eine eigenständige Bewegung. Sie ist eine Wohnungslosenbewegung, die insbesondere in urbanen Randgebieten mit Hilfe von Besetzungen agiert. Sie nimmt auch zu anderen politischen Themen Stellung und ist zu einer schnell wachsenden Sozialbewegung geworden. Sprecher dieser neuen Bewegung ist Guilherme Boulos, mittlerweile ein sehr bekanntes Gesicht in Brasilien und seit neuestem Präsidentschaftskandidat der Partei PSOL (Partei des Sozialismus und der Freiheit).

Hat MTST ein Gelände besetzt, beginnen die Verhandlungen. Ziel ist der Bau von Wohnungen in Eigenregie, finanziert mit öffentlichen Mitteln. Die Wohnanlage João Candido in Tabão da Serra, am Rand von São Paulo, ist so ein Projekt. 2014 wurde die Anlage mit Wohnungen für 400 Familien eingeweiht – 10 Jahre nach Besetzung des Geländes. Auswahl der Fläche, Erstellung der Grundrisse, Organisation des Baus, alles haben die Armen selbst geleistet.



Aktuelles Beispiel ist die Besetzung „Povo sem medo“ (Volk ohne Angst) in São Bernardo. Hunderte von Familien leben in dieser Besetzung. Jetzt hat der Bundesstaat Flächen zur Bebauung freigegeben. Als nächstes muss der Kampf um die Finanzierung noch gewonnen werden. Dann entstünde auch hier ein Modell dafür, dass sich Widerstand lohnt.
Redaktion: Mitglied des AK

Kleinbauern und MST unter Druck

Bewegung der Landlosen

Blairo Maggi ist in der aktuellen Regierung der Landwirtschaftsminister. Er ist der größte Landbesitzer Brasiliens und außerdem der größte Sojabaron. Und hinter ihm steht die „bancada ruralista“, die parlamentarische Fraktion des Agrobusiness. So werden derzeit nur Gesetze verabschiedet, die dem Agrobusiness und internationalen Investoren dienen.

Seit Temers parlamentarischem Putsch werden jetzt die Mittel der Kleinbauernförderung und der Agrarreform gekürzt oder eingestellt. Das Land droht wieder auf der Welthungerkarte des World Food Programms zurück zu kehren. Die Landlosenbewegung MST hatte es in 30 Jahren geschafft, dass über 500 000 Familien Zugang zu Land bekommen haben. Unter der PT-Regierung entstand eine Agrarpolitik, die sich auch an familiären landwirtschaftlichen Betrieben ausrichtete, ein erheblicher Beitrag für die Ernährungssouveränität des Landes. Mit der Nationalschule Florestan Fernandes (ENFF) wurde ein einzigartiges Schulungszentrum aufgebaut, das bereits mehrere tausend Lehrer/-innen oder Agrartechniker/-innen und andere ausgebildet hat, die heute Kooperativen leiten und den ökologischen Landbau voranbringen.

Die gesamte Bewegung mit ihren Projekten steht heute unter großem politischen und finanziellen Druck. Die Bewegung selbst, ihre Schulungszentren und Fortbildungen erhalten viel weniger Geld als bisher aus staatlichen Programmen. So fehlt Einkommen und Programme müssen gestrichen werden. Millionen von Familien der MST und anderer Kleinbauern hatten einen guten Absatz ihrer Produkte durch nationale Schulspeisungsprogramme. Diese Programme wurden eingestellt.

In den vergangenen Jahren war MST immer unabhängiger von Hilfswerken und Aktionsgruppen geworden. Unter der derzeitigen Regierung ändert sich das wieder.

Deshalb: **Unterstützung und Solidarität für MST ! Stärkung der Kleinbauernrechte weltweit !** (mit Informationen von Wolfgang Hees, Vorstand amig@s do MST Deutschland) **Redaktion:** Mitglied des AK

Zunehmende Gewalt auf dem Land

Die Landfrage ist in Brasilien bei weitem nicht geklärt. Es gibt heute in Brasilien 130.000 Latifundien, die fast die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche umfassen. Ein Teil dieser Fläche ist aber ungenutzt, der Rest besteht aus Monokulturen, deren Ertrag überwiegend für den Export bestimmt ist.

Dem stehen 3 Millionen kleinbäuerliche Betriebe gegenüber, die 10% der Landfläche besitzen, aber die Nahrungsmittel produzieren, die in Brasilien verbraucht werden, zum Beispiel Bohnen und Reis.

Die Großgrundbesitzer haben eine starke parlamentarische Vertretung, die unter Präsident Temer ein noch größeres Gewicht bekommen hat. Und die Regierung macht vieles, um diese Großgrundbesitzer bei Laune zu halten. Zum Beispiel wurde das Gesetz zur Verfolgung „sklavenähnlicher Arbeitsverhältnisse“ aufgeweicht. Denn von solchen Arbeitsverhältnissen profitieren am meisten die Großgrundbesitzer.



Gemeinsamer Widerstand gegen Gewalt

Auf der anderen Seite erhalten Landbesetzer/-innen, Kleinbauern-Organisationen oder die MST

mit ihren Schulungszentren und Fortbildungen immer weniger Geld aus staatlichen Programmen.

In diesem Klima nimmt die Gewalt immer weiter zu. Die Zahl der Landkonflikte und die Ermordung von Landlosen oder Umweltaktivisten ist extrem. Im Jahr 2016 registrierte die Landpastorale CPT bereits 61 Tote, die höchste Zahl seit 2003. Und bis zum Herbst 2017 waren es bereits 63 Tote.

Beispielhaft für diese Gewalt steht ein Massaker mit neun Ermordeten am 19. April 2017 in Taquaruço do Norte im Bundesstaat Mato Grosso. Vermummte waren in die abgelegene Wohnsiedlung eingedrungen und hatten die Menschen in ihren eigenen Hütten hingerichtet. Darunter auch Kinder und Jugendliche.

Seit Jahren ist die dortige Region Schauplatz tödlicher Auseinandersetzungen. Es gab bereits mehrere Überfälle und Morde an den Menschen dort, denen 2002 das Land auf dem Wege der Agrarreform zugesprochen wurde. Die bezahlten Killer sollen den Weg frei machen für die illegale Holzwirtschaft.

Einschüchterung, Gewalt, Morde und Entführungen dienen der Neugestaltung der Region, den Gewinnen aus Ländereien und Rohstoffen zugunsten einer unmenschlichen Agrarlobby und den Konzernen. (Siehe auch: Tamara Orth „Landkonflikte verschärfen sich“ in Brasilien-Nachrichten 155-2017)

Redaktion: ein Mitglied des Arbeitskreises

.....und sie trafen die Einwohner der "Insel des wahren Kreuzes"

Namir Martins

In der Osterwoche des Jahres 1500 entdeckten portugiesische Seeleute ein unbekanntes Land. Einen Tag nach ihrer Ankunft zelebrierten sie dort gemeinsam mit den indigenen Einwohnern einen Gottesdienst. Das neuentdeckte Land nannten die Portugiesen zunächst "Insel des wahren Kreuzes". Seinen endgültigen Namen erhielt das Land durch das Brasilholz, das zu dem wichtigsten Exportgut in der Zeit nach der Entdeckung wurde. Die Inbesitznahme des Landes verlief nicht ohne Auseinandersetzung mit der indigenen Bevölkerung. Man verstand die Kolonisierung als einen heiligen Auftrag. Der Widerstand der Indigenen war sehr groß. Im Lauf der Zeit wurden die Indigenen, die sich nicht in die Wälder des Landesinneren zurückgezogen hatten, ausgerottet oder per Gewalt gezwungen, sich in die Gesellschaft des weißen Grundbesitzers zu integrieren.

Ein erstes Gesetz wurde 1973 geschaffen. Dadurch wurden alle Indigenengebiete rechtlich abgesichert und anerkannt. Dennoch gingen die Gewalt und die Ermordung der Indigenenbevölkerung unter dem Schein des Rechts weiter. Auch später mit der neuen Verfassung, die Ende des Jahres 1988 in Kraft trat, änderte sich die Lage der Indigenen nicht. Sie blieben rechtlos und hatten keine Stimme in der brasilianischen Gesellschaft. In der jetzigen Zeit wurde der Lebensraum der indigenen Bevölkerung durch die Ausbreitung des Agrogeschäfts dramatisch beschränkt. Die aktuelle Situation geschieht mit der Unterstützung von Politikern, die die Interessen der Großgrundbesitzer unterstützen. Diese Gruppierung, die die Anerkennung und die Demarkation von Landflächen der indigenen Bevölkerung verhindert und rückgängig machen möchte, repräsentiert ungefähr ein Drittel des Kongresses. Die Indigenen leben am Rand der Gesellschaft, bekommen keine gesundheitliche Unterstützung, werden bedroht, erleben Gewalttätigkeit und werden sogar ermordet. Sie können nicht über sich selbst und ihre Zukunft bestimmen.

Schnitzel, Soja, Staudämme ... und wie das alles zusammenhängt

Deutschland ist der europäische Champion der Massentierhaltung. Im Jahr 2015 gab es in Deutschland 27,5 Mio. Schweine, 12,6 Mio. Rinder und 39,6 Mio. Legehennen. Ein Viertel aller in Europa gemästeten Schweine wird in Deutschland geschlachtet.

In Deutschland gibt es mehr Tiere als es Futter gibt. Deshalb wird in riesigen Mengen Tierfutter eingeführt, z.B. Soja aus Brasilien. 2015 importierte die EU 8,3 Mio. Tonnen Sojamehl aus Brasilien, das ist mehr als die Hälfte aller brasilianischen Sojamehlexporte. Während China vor allem ganze Sojabohnen importiert (41 Mio. Tonnen).

Die deutsche Massentierhaltung, aber auch die brasilianischen Soja-Monokulturen ermöglichen somit, dass Fleisch in Deutschland seit Jahrzehnten so billig ist. Und auch die Milchleistung von Kühen wird mit Sojamehl gepusht.

Brasilien: Soja-Exportweltmeister

Soja hat Erze in den vergangenen Jahren als hauptsächliches Exportprodukt abgelöst. 2016 exportierte Brasilien 67,1 Millionen Tonnen Soja. Insgesamt wurden in Brasilien 95 Mio. to Soja auf 33,9 Mio. Hektar Landfläche geerntet. Eine Anbaufläche von 33,9 Mio. Hektar – nur mit einem einzigen Produkt! Das ist 95% der Gesamtfläche Deutschlands!



Laut den Zehnjahresplänen 2012 – 2022 des brasilianischen Landwirtschaftsministeriums soll die Produktion von Soja, Weizen und Mais von 185 Mio. to auf bis zu 274,8 Mio. to ansteigen. Der Bundesstaat Mato Grosso will dabei weiterhin die Hauptrolle spielen. Bereits 2012 wurden in Mato Grosso 30% des brasilianischen Soja angebaut. Zukünftig sollen es 40% werden. So ist Brasilien heute Exportweltmeister beim Soja – mit allen sozialen und ökologischen Folgen: Weltmeister im Pestizidverbrauch, Auslaugen der Böden, Zunahme der Landkonflikte, steigende Bodenpreise, Marginalisierung der kleinbäuerlichen Bevölkerung, Zurückdrängen des Amazonas-Urwalds als mittelbare Folge.

Und auch wenn man es ungern hören mag: Diese Entwicklungen wurden unter der Präsidentschaft von Lula und Dilma entscheidend vorangetrieben.

Infrastrukturprojekte: Häfen, Straßen, Schienen

Brasiliens Infrastruktur ist diesen Entwicklungen nicht gewachsen. Das Soja wird überwiegend auf LKWs über riesige Strecken zu den Häfen transportiert. Dazu mussten in den letzten Jahren Tausende von Straßenkilome-

tern ausgebaut oder asphaltiert werden: von Mato Grosso nach Norden zu den Häfen von Miritituba und Santarém. Oder nach Süden die 3467km lange BR 163 zum Hafen von Santos. Oder nach Westen bis Porto Velho, von da ab geht es jeweils per Schiff zu den Überseehäfen. Angesichts solcher Straßennetze spricht man heute von einem „zerhackten Amazonien“. Solche Straßen stellen eine große Bedrohung des Amazonas-Waldes dar: entlang solcher Straßen wird nämlich gerodet und das Holz abtransportiert.

Die Soja-Verladeterminale in den Häfen sind ausgebucht und sollen massiv ausgebaut werden: Santarém von 1,8 auf 8 Mio. to Soja pro Jahr, ähnlich Porto Velho oder Miritituba, alles Binnenhäfen an Flüssen, von denen aus dann die Atlantikhäfen angesteuert werden.

Jetzt gibt es außerdem weitreichende Pläne für den Bahntransport: einen Süd-Nord-Bahnkorridor von Mato Grosso nach Pará am Rio Tapajos, sowie eine Ost-West-Bahntrasse. Das hätte erhebliche Kostenvorteile gegenüber dem LKW. Zumal sich damit auch die riesigen Mengen Phosphat und Eisenerz transportieren ließen, die es in Mato Grosso gibt.

..... und Wasserwege?

Während der riesige Staudamm Belo Monte am Rio Xingu bis 2019 vollends in Betrieb gehen soll, gibt es neue, noch gigantischere Planungen für die Flußsysteme Amazoniens: das Tapajós-Becken (Flüsse Teles Pires, Juruena, Rio Tapajós) soll in Angriff genommen werden. Die Planungen gehen davon aus, dass man dort 43 große Staudämme und 70 kleinere Wasserkraftwerke bauen könnte.

Unter Präsidentin Dilma wurden zwischen 2011 und 2016 derartige Planungen massiv vorangetrieben.

Entlang des Flußbeckens lebt das indigene Volk der Munduruku. Die Menschen wehren sich mit allen ihren Möglichkeiten gegen das Projekt, weil es mit der Vertreibung aus ihren Siedlungsgebieten verbunden wäre. Unterstützt werden sie z.B. von Misereor oder Greenpeace.

Die Planungen sehen vor, mit neuen Riesen-Staudämmen nicht nur Energie zu erzeugen, sondern auch neue Transportwege zu bauen. Dann könnten Erze, Soja, Mais oder Weizen per Schiff an die Atlantikhäfen transportiert werden. Ob diese Planungen realisiert werden, wird aber heute zunehmend infrage gestellt.

Im globalen Kapitalismus hängen jedenfalls unsere billigen Schnitzel direkt mit den verheerenden Soja-Monokulturen Brasiliens zusammen. (mit vielen Informationen von Christian Russau in Brasilien-Nachrichten Nr. 155/2017).

Redaktion: Mitglied des Arbeitskreises

Chicken Nuggets? Guten Appetit!

Brasilien ist der größte Fleischexporteur der Welt. Nach Deutschland gelangten im Jahr 2016 114.282 Tonnen Fleisch aus Brasilien, vor allem Geflügel.

Die Hälfte der brasilianischen Fleischproduktion und 70% aller Exporte wird von zwei Großkonzernen kontrolliert: JBS und BRF. JBS hat einen größeren Umsatz als zum Beispiel Unilever oder Danone. Und BRF schlachtete 2015 1,5 Milliarden Vögel.

Im letzten Jahr wurde bekannt, dass beide Konzerne in einen Gammelfleisch-Skandal verwickelt sind: Hühnerfleisch wurde gestreckt, verdorbenes Rindfleisch verkauft. Außerdem stecken beide Konzerne tief im brasilianischen Korruptionssumpf. Auf der Schmiergeldliste von JBS stehen 1829 Politiker/-innen. Auf diesem Weg bekamen die Konzerne auch die notwendige staatliche Förderung für ihre rasche Expansion. Ihre Produktionsmethoden sind umweltschädlich: Abholzung, Landraub, Vertreibung – Hektar für Hektar müssen dem Anbau von Futtermitteln für die Fleischindustrie weichen.

Sklavenarbeit

Fünf Millionen Menschen arbeiten direkt oder indirekt für die brasilianische Geflügelindustrie.

Dabei sind die meisten bei Subunternehmen angestellt. Ihre Arbeitsbedingungen sind oft Sklaverei ähnlich, zum Beispiel werden sie in Schuldknechtschaft gehalten. Arbeitsrechte Fehlanzeige.



.... In Deutschland auf den Tisch

Fleischverarbeitende Unternehmen in Deutschland mischen brasilianisches Geflügelfleisch unter das Formfleisch, das dann als Chicken Nuggets verkauft wird. Denn selbst das Geflügelfleisch aus europäischer Massentierhaltung ist ihnen noch zu teuer. Und so stammt die Hälfte aller Einfuhren von verarbeitetem Geflügelfleisch aus Brasilien. Bei uns heißen sie dann „Knusper-Dinos“ oder ähnlich. Ihre globale Geschichte steht nicht auf der Packung. (alle Infos aus „presente“ 3/2017 S. 10ff.)

Redaktion: Mitglied des Arbeitskreises

Gewerkschaften gegen Freihandel zwischen EU und Mercosur

Mercosur und EU stehen kurz vor dem Abschluss eines Freihandelsabkommens.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union wollen noch im Laufe dieses Monats die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit dem südamerikanischen Freihandelsblock Mercosur zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Nach 19 Jahren Verhandlungen sei man sehr nah an einer Einigung, sagte der Staatssekretär im deutschen Wirtschaftsministerium, Matthias Machnig, bei einem Treffen der EU-Handels- und Wirtschaftsminister in Sofia. Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay galt vor einigen Wochen bereits als praktisch unterschriftsreif. Vor allem bei Agrarimporten und im Automobilsektor gab es zuletzt aber noch Differenzen. Die Verhandlungen waren vorangekommen, nachdem die neuen Rechtsregierungen in Brasilien und Argentinien Venezuela aus dem Block ausgeschlossen hatten.

Das neue Freihandelsvorhaben der EU ruft indes Gewerkschaften auf den Plan. Gewerkschaftsbewegungen des Mercosur und der Europäischen Union, vertreten durch die Coordinadora de Centrales Sindicales del Cono Sur (CCSCS) und den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), haben ein gemeinsames Schreiben an die beiden Blöcke übergeben, in dem sie deutlich machen, warum sie das Freihandelsabkommen nicht akzeptieren werden.

Das Schreiben von CCSCS und EGB lehnt das Abkommen "unter den gegenwärtigen Umständen und Bedingungen" ab, da "kein wahrhaft faires und ausgewogenes Assoziierungsabkommen ausgearbeitet worden ist, sondern ein Freihandelsabkommen, das die weniger entwickelten Ländern auf beiden Seiten des Atlantiks in ihrer nationalen Industrie, in der Förderung der Produktion und der menschenwürdigen Arbeit schädigt".

Auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und das Beratende Wirtschafts- und Sozialforum des Mercosur (FCES) – bestehend aus Handelskammern, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft – legten ihre Bedenken in Bezug auf das Abkommen dar und forderten dringend die Einsetzung eines gemischten Begleitausschusses. Nur so könne die Beteiligung der Gesellschaft an der Endphase der Verhandlungen und der anschließenden Überwachung des Abkommens ermöglicht werden. Sie forderten ferner die Aufnahme eines Kapitels "Soziales und Arbeit", damit im Rahmen des sozialen Dialogs Analysen und Vorschläge gemacht und Lösungen für Ungleichgewichte in der Arbeitswelt gefunden werden können.

Redaktion: Mitglied des Arbeitskreises

Militär in Rio Artikel

Infomationen "aus america 21"

19. Februar In Brasilien hat De-facto-Präsident Michel Temer (MDB, früher PDMB), die innere Sicherheit des Bundesstaates Rio de Janeiro per Dekret dem Militär überantwortet. Der Beschluss vom Freitag (16.2.) sieht vor, dass die gesamten Zuständigkeiten der inneren Sicherheit von Rio de Janeiro unter das Kommando des Armeegenerals Walter Souza Braga Netto fallen. Damit sind dem Kommandierenden der Streitkräfte für Ostbrasilien das Ministerium für Sicherheit, die Polizeieinheiten, die Feuerwehr sowie das Gefängnisssystem unterstellt. Die Regelung soll bis zum Jahresende gelten und stellt ein Novum in der Geschichte des Landes dar.

Die rechtskonservative Regierung Temer begründet die Entscheidung damit, die ausufernde Kriminalität und Gewalt bekämpfen zu wollen. Der Beschluss kommt einer Quasi-Entmachtung der Sicherheitsorgane des Bundesstaates gleich. Denn ab sofort verfügt Armeegeneral Braga Netto über die Kompetenzen, die bestehenden Institutionen neu zu strukturieren sowie Personal zu entlassen und einzusetzen. Einiges deutet also darauf hin, dass insbesondere die Korruption im staatlichen Apparat bekämpft werden soll.

Die brasilianischen Streitkräfte operieren seit Juli 2017 an der Seite der Polizei in Favelas. Insgesamt sind 10.000 Soldaten zu Einsätzen entsendet worden. Die Bundesregierung hielt die nun komplette Übernahme der Amtsgeschäfte für notwendig. Auf die Korruption angesprochen, wollte Gouverneur Pez diese nicht mit den Problemen von Rio de Janeiro in Verbindung setzen.

Einer der Direktoren der Zeitung Voz da Comunidade aus Rios größtem Favela-Gebiet, dem Complexo do Alemão, Betinho Casas Novas, befürchtet, die Intervention werde zu noch mehr Gewalt für die

Menschen in den sozial benachteiligten Regionen führen. "Die Favelas leiden bereits seit Jahren unter Militäreinsätzen. Allein im Complexo do Alemão sind seit 2013 81 Menschen durch Schießereien mit Sicherheitskräften ums Leben gekommen", so Casas Novas. "Würde es solche Interventionen in Bereichen wie Gesundheit und Bildung geben, wäre Rio nicht wie es ist."

Die Lokalabgeordnete Marielle Franco (PSOL) kritisierte, die Maßnahmen erweckten einen „falschen Eindruck von Sicherheit. Die Oberschichten werden denken, die Dinge verbessern sich durch die Militärs“, so Franco. „Aber es wird mehr tote schwarze Jugendliche geben und die Vergehen durch Angehörige der Streitkräfte werden durch die Militärjustiz behandelt werden“.

21. Februar. Die Abgeordnetenkammer und der Senat in Brasilien haben erwartungsgemäß dem Antrag von De-facto-Präsident Michel Temer zugestimmt, die Armee bis zum 31. Dezember dieses Jahres nach Rio de Janeiro zu entsenden. In dem Bundesstaat würden ganze Landstriche und große städtische Gebiete von rivalisierenden Organisationen der Drogenmafia kontrolliert, die sich untereinander blutige Kämpfe liefern. Dabei seien im vergangenen Jahr mehr als 6.000 Menschen getötet worden. Durch den Militäreinsatz solle dem ein Ende gesetzt werden, heißt es zur Begründung.

28. März Der Armeegeneral fordert 800 Millionen Euro für die Intervention in Rio de Janeiro. Woher das Geld kommen soll, ist niemandem klar. Die Staatskasse ist bekanntlich leer.

Redaktion: Mitglied des AK

Marielle ist ermordet worden



In der Nacht vom 14. März wurden Marielle Franco und ihr Chauffeur Anderson Gomez aus einem vorübergehenden Fahrzeug brutal erschossen. Große Trauer herrscht in ganz Brasilien über diesen gezielten politischen Mord. In vielen Städten kamen zehntausende zusammen, um ihre Trauer und ihre Wut auszudrücken. Am 7.Tag nach dem Mord (der 7.Tag ist in Brasilien ein besonderer Gedenktag für den Toten) versammelten sich in Rio 30 000 Menschen zu einem politischen Akt des Widerstandes und gleichzeitig zu einer interreligiösen Feier.

Viele politische Vertreter und Kirchenleute ergriffen das Wort. Alle Generationen waren anwesend. Die 93jährige Maria Soarez sagte: „Das ist ein großer Verlust; sie hätte noch so viel machen können“. Und die 19 jährige Studentin Victoria Benfica: „Die Ermordung von Marielle ist ein Schuss gegen die brasilianische Demokratie.“ Aus der ganzen Welt kommen täglich Zeichen protestierender Anteilnahme.

Wer waren die Täter?? Noch wird darüber viel nachgeforscht. Die Munition stammt jedenfalls aus den Vorräten der Militärpolizei. „Mit dem Militär in Rio wird es mehr tote schwarze Jugendliche geben“ sagte Marielle. Und mehr tote schwarze Frauen, muss man jetzt hinzufügen. **Redaktion:** Mitglied des Arbeitskreises

Yoga in Brasilien – Eine nachhaltige friedliche Transformation

Die meisten Menschen können sich heutzutage etwas unter dem Begriff Yoga vorstellen, der als ein Zusammenschluss von individuellem und universalem Bewusstsein gedeutet werden kann. Weltweit wird der Begriff Yoga mit Frieden assoziiert. In Brasilien wurde Yoga in den 1940er Jahren durch den Professor Caio Miranda oder später auch Professor Hermógenes etabliert.

In der heutigen Konsumgesellschaft ist Yoga ein Produkt, das auf verschiedenste Art vermarktet und teilweise von Bildungseinrichtungen anerkannt wird. Das Produkt, der Zusammenschluss von individuellem und universalem Bewusstsein, führt den Yogi in ein System aus multiplen Themen ein, die von Moral, Ethik, Hygiene und sozialen Kompetenzen, hin zu Anatomie, Ernährung sowie Funktionen und Möglichkeiten des menschlichen Körpers reichen sowie Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Umweltthemen behandeln. Yoga ist ein umfassendes psychomotorisches System und kann somit als eine Ergänzung zu sozialen Strukturen betrachtet werden, um Menschen auf die Realität und die Gesellschaft mit ihren multiplen Wissensanforderungen vorzubereiten und den weltweiten Frieden zu fördern.



Auch in Brasilien wird Yoga immer populärer und umfasst mittlerweile verschiedenste Bereiche und Räume des täglichen Lebens. Verschiedene Initiativen nähern sich dem Thema Yoga auf unterschiedliche Weise wie zum Beispiel der Schule und sozialen Strukturen, dem öffentlichen Raum, dem Konsum sowie sozialer Gerechtigkeit.

Die Initiative yoganaescola.com.br vertritt den Ansatz, Yoga im brasilianischen **Schulsystem** zu etablieren, um somit Stress und Nervosität abzubauen, Mut und Kraft sowie die soziale Kompetenzen der Individuen zu stärken, um wichtige Entscheidungen treffen zu können. Yoga verbessert das Bewusstsein der Individuen für den eigenen Körper und seine Flexibilität, stärkt die Disziplin, die Konzentration, das Selbstbewusstsein, die sozialen Beziehungen und reduziert somit das weit verbreitete „Bullying“. Die Gesundheit und die Persönlichkeit werden präventiv gestärkt, das Verantwortungsbewusstsein steigt, wodurch wiederum weitere Räume und soziale Strukturen wie die Familie und das eigene Wohngebiet profitieren.

Die Initiative yoganoparque.com.br will Yoga im

öffentlichen Raum etablieren und das Wissen auf diesem Weg in der Gesellschaft verankern. In vielen Städten Brasiliens werden mittlerweile kostenlose Yoga Stunden in öffentlichen Räumen wie Parks, Museen oder kulturellen Einrichtungen angeboten, frei zugänglich für alle Interessierte, unabhängig von Alter oder Vorkenntnissen. Aufgrund des Erfolgs im letzten Jahrzehnt in verschiedensten Städten Brasiliens ist Yoga in Teilen des öffentlichen Raums präsent, breitet sich weiter aus und verändert nachhaltig den Raum und die Gesellschaft.

In Großstädten wie Rio de Janeiro und São Paulo sind vor allem im letzten Jahrzehnt unzählige Yoga Initiativen in vielen sozial benachteiligten Wohngebieten entstanden, so zum Beispiel auch im „Complexo do Maré“ oder der „Rocinha“ in Rio de Janeiro. Die Initiativen „**Yoganamaré**“ oder „**Yoganalaje**“ ermöglichen den häufig sozial benachteiligten Bewohnern kostenlose Yoga Kurse, um die Autonomie der Individuen zu stärken und die soziale Benachteiligung zu verringern. Kulturelle Interventionen ermöglichen den Bewohnern, besonders in sozial benachteiligten Räumen, Zugang zu Informationen, die häufig nur einer kleinen nationalen Elite vorbehalten sind. Während die nationale weiße Elite teure Yogastunden, Ausbildungskurse oder Fernstudien mit Ausflügen nach Indien absolviert, sind die sozial benachteiligten Gesellschaftsschichten auf die kostenlosen Angebote angewiesen.

Obwohl Yoga in der Konsumgesellschaft verankert ist, besitzt es das Wissen, um das Konsumverhalten der Individuen nachhaltig zu beeinflussen und das Wirtschaftssystem regulierend zu fördern, die Umverteilung von Informationen und Produkten voranzutreiben und eine Postwachstumsphase anzuerkennen. Gerade hinsichtlich des Gesundheitssektors besitzt das System Yoga wertvolle Möglichkeiten wie z.B. die präventive Stärkung der Gesundheit der Individuen und einer Reduktion von Abhängigkeiten von staatlicher oder privater Gesundheitsvorsorge.

General Caio Miranda und Major Hermógenes waren Militärangehörige, Teile der nationalen Elite mit Zugang zu Informationen und Wissen. Während Professor Caio Miranda einen spirituellen Zugang mit dem Yoga verband, kam Professor Hermógenes über die Krankheit Tuberkose mit Yoga in Kontakt und konnte diese durch Yoga überleben. Yoga findet weltweit Einzug in immer differenziertere Räume, neben Sozialisierungsmaßnahmen wird Yoga ebenfalls in Resozialisierungsmaßnahmen in Vollzugsanstalten angewandt. Hinsichtlich der „föderalen Militärintervention“ in Rio de Janeiro muss hinterfragt werden, warum die nationale Elite ihr Wissen nicht für eine Umverteilung und eine nachhaltige friedliche Transformation einsetzt.

Redaktion: brasilianischer Freund des AK

Widerstand heißt aufbauen – Widerstand heißt transformieren!

60.000 Menschen aus aller Welt bei 1.000 Veranstaltungen



*Widerstehen heißt
gestalten,
widerstehen heißt
verändern*



*International
widerstehen, um in
Würde zu leben*



*Wir Indigene wollen
über unsere Zukunft
selbst bestimmen*



*Veränderungen in der
Arbeitswelt und Antworten
der Gewerkschaften*

Das 1. Welt Sozial Forum fand 2001 in Porto Alegre Brasilien statt unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“, als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos.